

## Initiative »Wir sind Deutschland – Volksgesetzgebung jetzt« I. M. C.

c/o Internationales Kulturzentrum Achberg e. V. 88147 Achberg ☎ 08380-98228 📠 -675  
mailto:wirsinddeutschland@kulturzentrum-achberg.de ★ www.wirsinddeutschland.org

An den Präsidenten des  
Deutschen Bundestags  
*Herrn Dr. Norbert Lammert*  
Sekretariat des Präsidiums  
Reichstag  
11011 Berlin, Platz der Republik 1

Achberg, 1. Dezember 2005

### Betr.: Ihre Antrittsrede vom 18. 10. 2005 / Unsere Petition vom 27. 11. 2005

Sehr geehrter Herr Dr. Lammert!

Anlässlich Ihrer Antrittsrede als Präsident des Deutschen Bundestages würdigten Sie u. a. auch die Stellung des Parlaments im Gefüge der Verfassung unserer Republik. Sie sagten, was ein politisches System als Demokratie qualifiziere, sei nicht die Existenz einer Regierung, sondern diejenige eines Parlamentes. Hier, so Ihre Worte, schlage »das Herz der Demokratie« oder es schlage nicht.

Nach einigen weiteren Sätzen flechten Sie in Ihre Rede eine Passage ein, die uns fast wie ad hoc dem Manuskript hinzugefügt erschien, gleichwohl um so mehr aufhorchen ließ. Sie wandten sich direkt an die »lieben Kolleginnen und Kollegen«, die vor Ihnen versammelt waren und kamen, zitierend, auf »"Wir sind Deutschland"« zu sprechen und meinten, dies müsse mehr sein »als die flüchtige Botschaft einer ehrgeizigen Kampagne.«

Nun, wie gesagt, das ließ uns aufhorchen, weil wir ja mit dem Projekt dieses Namens in diesem Moment noch gar nicht an die Öffentlichkeit getreten waren. Also konnte es sich wahrscheinlich nur darum handeln, dass Sie eigentlich die Kampagne des Namens »**Du** bist Deutschland« meinten, die schon seit geraumer Zeit mit viel Werbeaufwand in zahlreichen Presseorganen und Fernsehsendern in Erscheinung getreten war. Ob Sie das Subjekt dieser Parole auswechselten, um ihr ganz bewusst eine andere Bedeutung zu geben? Jedenfalls führen Sie mit Ihrem Gedanken zu dem Subjekt »Wir« fort und teilten Ihre Ansicht mit, »jeder Bürger dieses Landes, jeder auf seine Weise« sei mit diesem »**Wir**« gemeint. Und fügten hinzu, der Deutsche Bundestag müsse es »auf ganz besondere Weise sein«; er müsse diesen mit der Parole zum Ausdruck gebrachten »Anspruch im Alltag einlösen.«

Ein bemerkenswerter Vorgang. Wenn wir im folgenden kritisch darauf eingehen, so denken wir dabei auch an Ihre Profession als Sozialwissenschaftler und erhoffen, ja erwarten vor diesem Hintergrund, dass Sie Verständnis haben mögen für das, was wir aus Tatsachen- und Erkenntnisgründen problematisieren wollen.

I. Wenn wir Ihrer Sicht folgen, führt sie uns begrifflich zur der Vorstellung, dass für Sie das wesentliche Element der Demokratie zwar bei der Legislative angesiedelt ist und das Parlament als demokratisch gewählte Volksvertretung deren Herzorgan bildet.

Diese Vorstellung wirft die Frage auf, ob sie als Beschreibung des Kerns der Sache gelten kann. Geht es bei der Bestimmung des Wesens der Demokratie wie bei allen anderen politischen Systemen nicht vielmehr darum, festzustellen, welche Instanz Träger der originären Souveränität, d. h. legitimiert ist, diese auszuüben?

Unserer Ansicht nach ist dies die Kernfrage. Und sicher sind Sie mit uns und – wenn auch meist wenig reflektiert – allen, die sich dazu äußern, einig, dass seit der Französischen Revolution als **Subjekt der Souveränität das Staatsvolk** gilt. Es bildet – nach inzwischen erwor-

benem Verständnis – die Rechtsgemeinschaft, die sog. Aktivbürgerschaft, die Nation nicht als Ethnie, sondern als »Willensgemeinschaft« gedacht.

So gesehen müsste gesagt werden, es schlage hier **»das Herz der Demokratie«** oder es schlage nicht. Und es sei die vornehmste Pflicht aller im Verfassungsgefüge nachrangig eingerichteten »besonderen Organe« dafür zu sorgen, daß unter jedweden gesellschaftlichen Bedingungen dem so verstandenen Souverän die Ausübung seiner Souveränität optimal möglich ist. Und es liegt diesem Verständnis notwendig der Gedanke zugrunde, dass der Begriff des auf den sozialen Organismus als solchen, also auf »Deutschland« bezogenen »Wir« legitim niemals ein einzelnes Subjekt, aber auch nicht »jeden Bürger dieses Landes«, wie Sie es in Ihrer Rede formulierten, meinen kann. Wenn wir dieses Subjekt mit dem Namen »Volk« verbinden, dann muss damit das gemeint sein, was die Staatsrechtler die »Aktivbürgerschaft« nennen, also jenes Wesen, das sich konkret in der politischen Willensbildung, d. h. in der Feststellung und Entwicklung seines Rechtslebens äußert. In der Demokratie wäre die Souveränität faktisch inexistent im Sinne von **Selbstentmündigung**, wenn »das Volk« diese Aufgabe vollständig an ein besonderes Organ, z. B. das Parlament übertragen würde und insofern kein Populärvorbehalt berücksichtigt wäre.

Wo immer eine solche Situation besteht – und sie ist für Deutschland auf Bundesebene in einer Konsequenz wie in nur wenigen aufgeklärten Staaten noch immer typisch – treten insbesondere in Krisenzeiten verstärkt Symptome einer Verunsicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Erscheinung. Ein ganzes Arsenal von Vokabeln wird aufgeboten, um diese Symptome zu beschreiben. Sie haben aber alle die gleiche Ursache: **das reduzierte Souveränitätsrecht der Aktivbürgerschaft**, ihr Rechtsleben nicht konsequent in den Formen einer **»mündigen Demokratie«** gestalten zu können.

**II.** So sehr wir, sehr verehrter Herr Dr. Lammert, ihrer Ermahnung an das Parlament, sich nicht als Versammlung von Gruppeninteressen, sondern als dem Gemeinwohl, d. h. dem ganzen Land und seiner gesamten Bürgerschaft verpflichtet, zu verstehen und diesen »Anspruch im Alltag einzulösen«, beipflichten können, so sehr möchten wir aus den angeführten prinzipiellen Erwägungen an die Erkenntnis appellieren, dass es »gerade in Zeiten Großer-Koalitions-Mehrheiten«, wie Sie es in Ihrer Rede am 18. 10. nannten, für die Gesundheit des sozialen Ganzen unabdingbar ist, dem Volk sein Souveränitätsrecht uneingeschränkt zu sichern.

Wenn sich dies als das vornehmste Interesse des Parlamentes zeigen, d. h. wenn dieses sich selbst richtig, auf der Höhe der Zeit verstehen würde, dann würde, dessen sind wir gewiss, jener vom Bundespräsidenten Herzog beschworene »Ruck« durch Deutschland gehen, während ohne dies alles bei letztlich folgenlosem Appellieren im Sande verlaufen und keines der derzeitigen Entwicklungsprobleme gelöst werden wird. Darauf kann man jede Wette eingehen.

Und weil wir es von der Sache her so sehen müssen, haben wir uns entschlossen, jetzt zu Beginn einer neuen Legislaturperiode aus der Mitte des Volkes durch eine »Öffentliche Petition« jene Gesetzesinitiative in verbesserter Form aufzugreifen, die am Ende der ersten rot-grünen Regierungszeit von der damaligen Koalition im Bundestag eingebracht worden war, aber an der ablehnenden Haltung der CDU/CSU-Fraktion scheiterte. Sie werden sich an den Vorgang erinnern.

Leider gibt es in den bisher veröffentlichten Vereinbarungen der Großen Koalition zu dieser entscheidenden Reformsache keinen Hinweis. Wir vermuten, dass die Aufgabe, die **dreistufige Volksgesetzgebung** als gemeinsames Projekt jetzt, wo die Zweidrittelmehrheit für die entsprechende Ausgestaltung des Grundgesetzes Art. 20 Abs. 2 kein Problem mehr wäre, ja wahrscheinlich von allen Fraktionen die Zustimmung erhalten würde, in den Koalitionsverhandlungen als TOP keine Rolle gespielt hat.

**III.** Um so wichtiger und um so sinnhafter will es uns erscheinen, dass der Anstoß dazu jetzt auf dem Petitionsweg aus der Mitte des Volkes kommt. Wir fügen diesem Schreiben das Dossier bei, mit welchem wir die Petition für das Anliegen der verfassungsrechtlichen Regelung der dreistufigen Volksgesetzgebung und das Verfahren, das wir dafür vorschlagen, begründen. Wir wären Ihnen dankbar, sehr verehrter Herr Dr. Lammert, wenn Sie zum einen den Begründungen unserer Petitionsinitiative Ihre Aufmerksamkeit schenken würden – weitere Erwägungen finden sich auch in den verschiedenen Sparten auf unserer Homepage im Internet [[www.wirsinddeutschland.org](http://www.wirsinddeutschland.org)]. Zum andern wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie Ihr Selbstver-

ständnis als Parlamentspräsident, wie Sie es in Ihrer Antrittsrede formuliert haben – nämlich u. a. die »Arbeiten des Bundestages zu fördern« -, auch darauf bezogen, dass die Mitglieder des Hauses hinreichend über unsere Petition, die ja den Kernpunkt des Wohlergehens unserer staatlichen Grundordnung betrifft und insofern auf das hier vorgebrachte Anliegen gerichtet beide Ziele – *Willy Brandts* Motto »**Mehr Demokratie wagen**« in seiner Regierungserklärung vom 28. 10. 1969 [= Abstimmungsrecht des Volkes] und *Angela Merkels* »**Mehr Freiheit wagen**« in der ihren vom 30. 11. 2005 [= Gesetzesinitiativrecht des Volkes] – verbindet, unterrichtet werden.

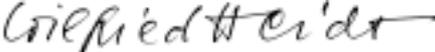
Zwar können wir Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Lammert, in dem zustimmen, was Sie zum Abschluss Ihrer Rede vom 18. Oktober auf die Frage, was sich das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestags erhoffe, mit den Worten *Paul Löbes* geantwortet haben.<sup>1</sup> Dies müsste aber, davon sind wir zutiefst überzeugt, ergänzt werden durch den Hinweis auf die Verpflichtung des Parlaments, dem deutschen Volk nicht länger sein elementares Souveränitäts- und Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, wie es zwischen 1984 und 2002 leider mehr als ein halbes Dutzend Mal explizit geschehen ist, als entsprechende Gesetzesinitiativen im Bundestag vorlagen.

Um schließlich könnte es gerade heute auch nicht schaden, noch an jene vom »stürmischen Beifall« der Abgeordneten aufgenommenen, dann leider so gut wie nicht erfüllten Worte zu erinnern, mit denen *Friedrich Ebert* am 6. Februar 1919 die verfassungsgebende Versammlung im Nationaltheater zu Weimar eröffnete: »Wie der 9. November 1918«, erklärte der Redner [und wir könnten an dieser Stelle den Hinweis auf das hinzufügen, was sich 1989 zwischen dem 7. Oktober und 9. November in der DDR abspielte], »angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen ... von der Weltmacht zur geistigen Größe. [...] *Jetzt muss der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geist behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahren erfasst hat.*« So wollte man, mit einem großen humanistischen Ziel vor Augen, nach dem Untergang des Wilhelminismus an die Arbeit gehen, »in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahren sozialem Geist ... zu erfüllen.« Ebert schloss seinen ergreifenden Appell mit einem Bekenntnis zu *Johann Gottlieb Fichte*: »So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: 'Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt'.«

Doch schon in der Verfassung hatte ein anderer Geist die Oberhand gewonnen. Ein Geist, der zu schwach war, um aufzuhalten, was in Deutschland schließlich zum bestialischen Gegenteil dessen führte, was – wir wollen es zum Ausklang des Jahres 2005 nicht unerwähnt lassen – *Friedrich Schiller* 1794 in seinen Briefen »Über die ästhetische Erziehung des Menschen« beschrieben hatte als »vollkommenstes aller Kunstwerke«: Den »Bau einer wahren politischen Freiheit« mittels dessen, was er gegen die Gewalt der Revolution von der Kraft des »ästhetischen Staates« erhoffte. In diesem Idealismus urständet die Idee der Menschenwürde. Wer sie ohne Bewusstsein dieser Wurzel beschwört, setzt »Falschgeld« in Umlauf ...

Man würde so sehr wünschen, dass gegenüber der ganzen heutigen Dominanz des Ökonomischen mehr von diesem spirituellen Element deutscher »*Leitkultur*« unsere politischen und gesellschaftlichen Debatten durchströmte. Wir sehen in der Ermöglichung der »dreistufigen Volksgesetzgebung« gerade auch dafür einen freien *bürgergesellschaftlich-volkspädagogischen* Beitrag zur stetigen Erneuerung der demokratischen Gestaltung und Legitimation des Rechtslebens in Deutschland als Voraussetzung zur Verwirklichung dessen, woran wir uns, *Willy Brandt* [Demokratie] und *Angela Merkel* [Freiheit] mit einem dritten Motto ergänzend, in Zukunft mehr und mehr orientieren sollten: **Mehr Brüderlichkeit wagen!**

Wir würden uns freuen, sehr geehrter Herr Dr. Lammert, von Ihnen zu hören, wie Sie über unsere Anregungen denken. Mit besten Grüßen –

Für die Initiative »Wir sind Deutschland«:  [Wilfried Heidt]

<sup>1</sup> *Paul Löbe* [1875 – 1967], von 1920 bis 1932 Reichspräsident der Weimarer Republik, war Alterspräsident des ersten Bundestags der Bundesrepublik. Bei dessen Konstituierung 1949 erklärte er, das deutsche Volk erhoffe sich von der Arbeit des Parlaments, »dass wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, unser Vaterland einer neuen Blüte und neuem Wohlstand entgegenführen.«